



25. deutsch-spanische Regierungskonsultationen

A Coruña, 5. Oktober 2022

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

Die 25. deutsch-spanischen Regierungskonsultationen in A Coruña (Spanien) sind ein Beleg für die Nähe und die enge Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern als EU-Partner und NATO-Verbündete, deren Wirtschaft und Zivilgesellschaft eng miteinander verflochten sind, verbunden durch gemeinsame Werte und Ziele, die sie fördern und stärken wollen.

Deutschland und Spanien gehören zu den größten Fürsprechern des europäischen Projekts. Ihre Gesellschaften sind zutiefst proeuropäisch eingestellt und entschlossen, den Prozess der Weiterentwicklung der Europäischen Union voranzutreiben. Dieses Gipfeltreffen ist ein Zeichen der Entschlossenheit beider Regierungen, bei der Bewältigung der verschiedenen Herausforderungen, vor denen die EU steht, diesen Weg weiterzuverfolgen. Angesichts der bevorstehenden spanischen EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2023 kommt dieser Partnerschaft eine besondere Bedeutung zu. Deutschland und Spanien sind entschlossen, Initiativen zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union sowie zur Stärkung unserer Widerstandsfähigkeit zu unterstützen, und zwar komplementär zur NATO und in wechselseitiger Verstärkung mit ihr, um die Werte der Europäischen Union zu schützen und auf eine stärker geopolitisch ausgerichtete Union hinzuarbeiten.

In engem Schulterschluss treten Deutschland und Spanien für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen ein und weisen die rechtswidrige Annexion der ukrainischen Regionen Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson durch Russland, die sie unmissverständlich verurteilen, entschieden zurück. Mit den Partnern in der Europäischen Union rufen wir gemeinsam alle Staaten und internationalen Organisationen dazu auf, diese rechtswidrige Annexion unmissverständlich zurückzuweisen. Wir bekräftigen, dass die Europäische Union fest an der Seite der Ukraine steht und der Ukraine so lange wie nötig umfassende wirtschaftliche, militärische, soziale und finanzielle Unterstützung zukommen lassen wird.

Für beide Regierungen sind die Verteidigung des Friedens und der Sicherheit im euroatlantischen Raum, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Multilateralismus, eine regelbasierte internationale Ordnung ebenso wie die Konsolidierung eines sozialen Europas, in dem alle Bürgerinnen und Bürger ihre Lebensentwürfe in Frieden und Freiheit verwirklichen können, nicht verhandelbar.

Aus all diesen Gründen haben sich beide Regierungen bei diesem Gipfeltreffen auf drei Schwerpunkte konzentriert: das Bekenntnis, die wirtschaftliche Lage ihrer Bürgerinnen und Bürger vor dem Hintergrund eines Kriegs auf europäischem Boden abzusichern, der ihren Lebensstandard und ihre Energiesicherheit gefährdet; die Gewährleistung ihrer Sicherheit und Verteidigung; und die Förderung ihrer Fähigkeit, ihre eigenen Zukunftschancen durch kontinuierliches und lebenslanges Lernen zu verbessern, das ihre Beschäftigungsfähigkeit erhöht.

- Die gegenwärtige hohe Inflation ist eine der größten wirtschaftlichen Herausforderungen, denen Haushalte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmen in beiden Ländern gegenüberstehen. Deutschland und Spanien werden zügig ihre Bemühungen fortsetzen, die Auswirkungen der Inflation durch gezielte Maßnahmen zu bekämpfen, und so sicherstellen, dass niemand zurückgelassen wird. Deutschland und Spanien sind nach wie vor entschlossen, langfristiges, integratives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum sowie qualitativ hochwertige Beschäftigung zu fördern und gleichzeitig die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten sowie den grünen und digitalen Wandel voranzutreiben, in Anknüpfung an die erfolgreiche Umsetzung unserer gemeinsamen Reaktion auf die COVID-19-Krise. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wollen wir die Weiterentwicklung der europäischen finanzpolitischen Vorschriften erörtern und diesbezüglich eine Einigung erzielen.
- Deutschland und Spanien eint die Notwendigkeit, angesichts der Energiekrise, die durch Russlands Handlungen verschärft wird, rasch Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um Haushalte, kleine und mittlere Unternehmen sowie Schlüsselsektoren zu schützen. Darüber hinaus werden weitere Maßnahmen ergriffen, um eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung in der gesamten EU zu gewährleisten, wobei dem Ausbau der Verbundnetze und dem Einsatz neuer Energieträger wie erneuerbarer Wasserstoff und der Energiespeicherung wesentliche Bedeutung zukommt. Angesichts von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist es für Deutschland und Spanien noch dringlicher, ihre Zusammenarbeit sowohl auf bilateraler Ebene als auch innerhalb der EU und der NATO, die für die Sicherheit des euroatlantischen Raums von entscheidender Bedeutung sind, zu vertiefen, damit Frieden und Sicherheit für ihre Bürgerinnen und Bürger gewährleistet sind. Aus diesem Grund sind Deutschland und Spanien entschlossen, ihre Zusammenarbeit bei der Umsetzung des auf dem NATO-Gipfel im Juni gebilligten Strategischen Konzepts von Madrid zu intensivieren und die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO zu

verstärken. Ferner sind sie entschlossen, die GSVP weiterzuentwickeln, den Strategischen Kompass durch konkrete Beiträge umzusetzen und bei SSZ-Projekten zusammenzuarbeiten. Sie sind sich einig, dass es entscheidend ist, die Zusammenarbeit im Bereich der Rüstung und der Verteidigungsindustrie zu verstärken, um die europäische Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen.

- Beide Regierungen sind äußerst besorgt über die gegenwärtige akute globale Ernährungskrise als Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, insbesondere über steigende Lebensmittelpreise und Probleme hinsichtlich der Verfügbarkeit von Versorgungsgütern und landwirtschaftlichen Betriebsmitteln. Deutschland und Spanien werden Bemühungen unterstützen, insbesondere die Solidaritätskorridore der Europäischen Union zwischen der EU und der Ukraine, um Getreide auf der Straße, auf dem Schienenweg oder mit Binnenschiffen auf die Weltmärkte zu bringen.
- Die Regierungen Deutschlands und Spaniens sind bestrebt, in den Bereichen Klimaaußenpolitik, Klimaschutz und Energiewende enger zusammenzuarbeiten, um eine ehrgeizige und stringente Politik zu verfolgen, die es der EU ermöglicht, ihre Klimaziele zu erreichen und ihre Klimaverpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris zu erfüllen. Darüber hinaus wollen Deutschland und Spanien zusammenarbeiten, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 zu verwirklichen.
- Die Regierungen Deutschlands und Spaniens setzen sich für ein soziales Europa ein. Sozialer Zusammenhalt und Chancengleichheit für ihre Bürgerinnen und Bürger sind von entscheidender Bedeutung. Um ihnen ein erfülltes und zufriedenstellendes Arbeitsleben zu ermöglichen, ist es unabdingbar, darauf hinzuwirken, dass sich der vorgenannte grüne und digitale Wandel auf eine Weise vollzieht, die alle Seiten einbezieht. Deshalb engagieren sich beide Regierungen für duales und lebenslanges Lernen, einen Bereich, in dem die deutschen Erfahrungen als Orientierung dienen können.
- Deutschland und Spanien verpflichten sich, weiter auf eine unabhängigere und stärker geopolitisch ausgerichtete Europäische Union hinzuarbeiten, auch im Hinblick auf eine künftige Erweiterung. Dazu gehören die Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU, auch durch institutionelle Reformen wie die Ausweitung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat, der Schutz der europäischen Werte und der Rechtsstaatlichkeit sowie konkrete Fortschritte bei Themen, die ein abgestimmtes europäisches Vorgehen erfordern, wie beispielsweise im Bereich der Wirtschaft oder der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. In dieser Hinsicht stehen Deutschland und Spanien Seite an Seite, um gemeinsam mit Blick auf dieses Ziel Initiativen zu entwickeln, wobei sie sich auch auf die Ergebnisse der Konferenz über die Zukunft Europas stützen.

Im Einklang mit dem Bestreben beider Regierungen, die stabilen Beziehungen zwischen beiden Nationen weiter zu intensivieren und in ihren Stärken zu ergänzen, haben sich Deutschland und Spanien daher auf den als Anlage beigefügten gemeinsamen Aktionsplan verständigt, der nicht nur zur Intensivierung der bilateralen Beziehungen beiträgt, sondern auch darauf abzielt, die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt in der gesamten Europäischen Union, in der NATO sowie in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder der OSZE zu fördern.

Der Staatsbesuch Ihrer Majestäten des Königs und der Königin von Spanien in Deutschland im Oktober dieses Jahres ist ein weiterer Beitrag zur Stärkung der Beziehungen zwischen beiden Staaten.